

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Zum Tode Kiderlens.

r. Berlin, 31. Dezember. Wie nach dem „L. A.“ verlautet, soll in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage die Absicht bestehen, die Ernennung des Nachfolgers Kiderlens-Wächters gleich nach der Beisetzungs des verstorbenen Staatssekretärs vorzunehmen.

In diplomatischen Kreisen herrscht heute, nach dem „B. Z.“, die Auffassung vor, daß entweder der Unterstaatssekretär Zimmermann, oder der Votschafter in Konstantinopel, Freiherr von Wangenheim, zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt werden dürften. Freiherr von Wangenheim, der erst im Sommer von Wien nach Konstantinopel kam und im Eiltempo avancierte, gilt als der bevorzugte Kandidat des Kaisers. — Wie demselben Blatt aus München telegraphiert wird, wird auch der dortige preussische Gesandte von Trentler als eventueller Nachfolger des Herrn von Kiderlens-Wächter genannt.

Paris, 31. Dezember. Auch die heutigen Morgenblätter veröffentlichten ausführliche Artikel über den verstorbenen Staatssekretär von Kiderlens-Wächter. „Figaro“ schreibt:

Wenn der dahingeschiedene Staatsmann auch nicht unser Freund war, und wenn sein Name auch in unser für französische Ehren unangenehmer Weise mit der Agadirkrise verknüpft ist, müssen wir seinen Charakter und sein Talent anerkennen. Sogar seine Fehler waren uns sympathisch. Bei ihm wußte man sofort, woran man war und konnte dementsprechend seinen Gegenzug einrichten. „France“ schreibt: In kurzer Zeit wurde die deutsche Diplomatie von zwei graulichen Verlusten getroffen. Kiderlens war gewiß nicht unser Freund, aber wir können ihm unsere Anerkennung nicht verweigern, daß er ein Mann der Pflicht, ein Patriot und loyaler Gegner war.

Rom, 31. Dezember. „Popolo Romano“ schreibt zum Tode Kiderlens-Wächters:

Deutschland beklagt den Verlust eines außerordentlich intelligenten Staatsmannes, der stets das wesentliche in politischen Angelegenheiten mit klarem Blick einzuschätzen wußte. Die Verbündeten Deutschlands schätzten sich glücklich der Trauer an. „Vita“ schreibt: Kiderlens habe durch den letzten Besuch in Rom bewiesen, welchen Wert er dem Bündnisse mit Italien beilegte. Das Bedauern über das Ableben werde aber abgemildert durch die Gewißheit, daß sein Werk fortgesetzt werde und daß die Freundschaft Italiens mit Deutschland mit der Zeit immer enger werde.

Dresden, 31. Dezember. Der König richtete anlässlich des Todes von Kiderlens an den Kaiser ein Beileidstelegramm, das gleichen ließ die sächsische Regierung durch ihren Gesandten in Berlin Freiherrn v. Salza und Lichtenau dem Reichskanzler und der Reichsverwaltung sowie der preussischen Regierung anlässlich des Ablebens ihr aufrichtiges Beileid ausdrücken.

Berlin, 31. Dezember. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Graf Schwerin-Löwitz sandte an die Schwester von Kiderlens-Wächters folgendes Beileidstelegramm: Zu dem schweren Verlust, welchen mit Ihnen, gnädige Frau, unser ganzes Vaterland in erster Linie durch den plötzlichen Hinschied Ihres von mir so hoch verehrten Herrn Bruders erlitt, gestatte ich mir Ihnen die herzlichste Anteilnahme auch des preussischen Abgeordnetenhauses auszusprechen.

Berlin, 31. Dezember. Das Kaiserpaar beauftragte den Reichskanzler mit ihrer Vertretung bei der Beisetzungsfeier Kiderlens-Wächters. Der Reichskanzler begibt sich morgen Abend nach Stuttgart.

Berlin, 31. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den am 1. Januar 1913 in Kraft tretenden ermäßigten Posttarif für Blindenschriftendruck innerhalb Deutschlands, ferner die Verordnung auf Errichtung einer Zahnärztekammer für Preußen mit dem Sitz in Berlin.

Vom Balkan.

Stellung der Großmächte zur albanischen Frage.

London, 31. Dezember. Wie das „Neuerliche Bureau“ erzählt, werden sich die Votschafter, die ihre Zusammenkünfte im Auswärtigen Amt am Donnerstag Nachmittag wieder aufnehmen, nicht sofort mit der Frage der Abgrenzung Albanien beschäftigen, da dieser Gegenstand, insbesondere der Einfluß Skutaris, oder eine andere Behandlung dieser Stadt zurzeit zwischen den Kabinetten von Wien und Rom beraten wird. Erst wenn die österreichisch-ungarische und die italienische Regierung die Abgrenzungsfrage, die den Gegenstand ihrer Verhandlungen bildet, abgeschlossen haben, soll die Angelegenheit in der Votschafterkonferenz in London zur allgemeinen Beratung gestellt werden.

r. Wien, 31. Dezember. Von albanischer Seite wird dem Korrespondenten des „B. Z.“ mitgeteilt, daß keiner der bisher genannten Kandidaten für den albanischen Thron die geringsten Chancen habe. Die albanischen Führer hätten in erster Linie daran, einen Fürsten aus einem deutschen Hause zu wählen. Bekanntlich wird der 1865 geborene Fürst Karl von Urach, ein Verwandter des Königs von Württemberg, wiederholt als deutscher Kandidat genannt.

Belgrad, 31. Dezember. Auf Verordnung des Kriegsministers sind die Wehrpflichtigen letzten Aufgebots, die zu Beginn des Krieges nur zu einer Kontrollversammlung einberufen worden waren, zur Ausübung des Garnisdienstes einberufen worden. — „Stampa“ meldet, daß die Skupschtina in der zweiten Hälfte des Jahres einberufen werden soll.

Rumänien's Forderungen an Bulgarien.

r. Wien, 31. Dezember. Die rumänische Regierung hat dem bulgarischen Kabinett ihre Forderungen bekannt gegeben. Rumänien beansprucht von Bulgarien die Abtretung eines Gebietes von 3000 Quadratkilometern Umfang, sowie den Schutz der Rechte der Wallachen in Mazedonien.

r. Bukarest, 31. Dezember. Der bulgarische Bevollmächtigte, Dr. Danow in London, hat von seiner Regierung die Vollmacht erhalten, mit dem rumänischen Gesandten Michu über die Vorschläge der rumänischen Regierung zu unterhandeln und selbst bindende Abmachungen zu treffen. Eine Entscheidung muß schon im Laufe dieser Woche erfolgen, angeht es die entschlossene Haltung der rumänischen Regierung.

r. Wien, 31. Dezember. Aufsehen erregt hier die Tatsache, daß das führende Organ der rumänischen Regierung, die „Epocha“, in ihrem heutigen Artikel eine besonders scharfe Sprache gegen Bulgarien anschlägt, weit kriegerischer als seit Beginn der Balkankriege. Man meint in hiesigen politischen Kreisen, daß Rumänien durch diesen Artikel einen starken Druck auf Bulgarien ausüben will, um seine Ansprüche auf Kompensationen durchzusetzen.

r. London, 31. Dezember. Die Ernennung des rumänischen Gesandten Michu und die bevorstehende Ankunft des Herrn Jonescu geben die Veranlassung zu eigenartigen Kommentaren. So findet sich in den „Manchester Guardian“ die Nachricht, daß eine Heirat zwischen dem Prinzen von Wales und einer Tochter des rumänischen Kronprinzenpaars in Betracht gezogen werde.

Berlin, 31. Dezember. Das Volkssche Telegraphenbureau meldet: Der Reichskanzler empfing den deutschen Votschafter in London, Fürsten Lichnowsky, den österreichisch-ungarischen Votschafter in Berlin, Grafen von Szögheny-Marich und den Berliner Vertreter Großbritanniens, Votschafter Sir Edward Goschen.

Deutsches Reich.

Abreise des russischen Kriegsministers.

Berlin, 31. Dezember. Der russische Kriegsminister ist heute Nachmittag von Berlin nach Rizza abgereist.

Die russische Botschaft in Paris läßt den ihr nahestehenden französischen Blättern die halbamtliche Mitteilung zugehen, daß es keine Drohung, sondern nur eine Vorsicht sei, wenn Ausland die Altersklasse, die entlassen werden soll, vorläufig bei den Fahnen zurückbehält. Der Besuch des russischen Kriegsministers in Berlin habe den Zweck gehabt, die deutsche Regierung über die friedlichen Bestimmungen der russischen Regierung aufzuklären.

Die Junkerherrlichkeit in Mecklenburg.

r. Berlin, 31. Dezember. Die großherzogliche Regierung hat, wie dem „B. Z.“ aus Rostock gemeldet wird, die Wohnungen, die die großherzoglichen Kommissare während der Landtagsession in Malchin als Dienstwohnungen bisher inne hatten, gekündigt, mit der Begründung, sie könne „nach Lage der Verhältnisse“ seinen Gebrauch mehr davon machen. Die Regierung scheint demnach keinen ständigen Landtag mehr nach Malchin einberufen zu wollen.

Zu den Gerüchten über die bayerische Ministerkrisis.

r. Berlin, 31. Dezember. Ein Münchener Telegramm des „B. Z.“ bringt den gestrigen Empfang des Grafen Podewils beim Prinzregenten Ludwig mit den Gerüchten im Zusammenhang, daß die Stellung des Freiherrn von Hertling erschüttert sei. Der Prinzregent soll angeblich in der statischen Kabinets des Grafen Podewils aufgefordert haben, er möge sich bereit halten.

München, 31. Dezember. Aus Anlaß des Neujahrsestes wurde eine große Anzahl Auszeichnungen verliehen. Ministerpräsident Freiherr v. Hertling erhielt das Großkreuz des St. Michael-Verdienstordens. Den St. Michael-Verdienstorden erster Klasse erhielten Kultusminister von Knilling, Finanzminister von Breunung, Verkehrsminister von Seidelin, das Ehrenkreuz des St. Michael-Verdienstordens Senatspräsident im Reichsversicherungsamt, Konrad Hartmann, und Kommerzienrat Ravené-Berlin.

Der Pofener Boykott.

r. Posen, 31. Dezember. In der Angelegenheit des polnischen Boykotts gegen die deutschen Geschäftsleute werden zurzeit Ermittlungen bei den Pofener deutschen Geschäftsinhabern über die Höhe des ihnen aus dem Boykott erwachsenen Schadens angestellt. Da viele deutsche Geschäftsinhaber ihren polnischen Angestellten gekündigt haben, ist die Not unter diesen Leuten sehr groß, weil sie in den polnischen Geschäften keine Anstellung finden können. Man rechnet, wie verlautet, mit einem halbigen Abflauen des Boykotts.

kleine politische Meldungen.

r. Berlin, 31. Dezember. Zu den Meldungen konservativer Blätter, daß sich das preussische Staatsministerium entschlossen habe, auf die Erbschaftsteuer zu verzichten und dem Bundesrat eine Vermögenswachstumssteuer vorzuschlagen, erzählt die „Täg. Rundsch.“, daß der Reichskanzler dem Gedanken einer Vermögenssteuer sympathisch gegenüberstehe.

r. Berlin, 31. Dezember. Der Vorsitzende der Kommission zur Beratung des neuen Strafrechtbuchs, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Lukas, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. Als sein Nachfolger übernimmt Geheimrat Professor Dr. Kahl die Leitung der Kommission. Als sein Stellvertreter ist Reichsgerichtsrat Ebermayer ernannt worden.

r. Berlin, 31. Dezember. Als Nachfolger des Erbprinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen, der seit dem Jahre 1903 die zweite Armeespektion inne hatte, von der er jetzt zurücktritt, bezeichnet man in höheren militärischen Kreisen den kommandierenden General des 13. Armeekorps, Herzog Albrecht von Württemberg.

r. Hanau (Main), 31. Dezember. Die Fortschrittliche Volkspartei des Landtagswahlkreises Hanau beschloß, bei den kommenden Landtagswahlen auf ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen zu verzichten, und einen eigenen Kandidaten anzustellen.

Berlin, 31. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt, Geh. Legationsrat Dr. Matthieu, unter Beilegung des Charakters als Wirkl. Geh. Legationsrat, zum Direktor im Auswärtigen Amt.

Ausland.

Die ungarische Wahlreform.

Budapest, 31. Dezember.

Die Wahlreformvorlage, welche der Ministerpräsident Lukacs dem Abgeordnetenhaus unterbreitete, vermehrt die Wählerzahl um 800 000 Wähler oder 75 Prozent der bisherigen Wählerzahl. Das Wahlrecht beginnt, für die Absolventen der Mittelschulen mit dem 24. Jahre, für alle anderen Wähler vom 30. Jahre. Industrielle Arbeiter müssen auch eine ständige Beschäftigung während zweier Jahre, landwirtschaftliche Arbeiter eine solche von fünf Jahren nachweisen. Analphabeten erhalten das Wahlrecht nur, wenn sie vierzig Kronen Steuerleistung oder sechzehn Joch Grundbesitz nachweisen. Die Abstimmung in den größeren Städten ist geheim, in ländlichen Bezirken öffentlich.

Bei der Abstimmung über den Wahlrechtsentwurf war die Oppositionspartei im Sitzungssaal nicht anwesend. Sie setzt ihre Politik der „Abstinenz“ fort. Die Vorlage wurde einem Sonderauschuß von 40 Mitgliedern zugewiesen. Aus der Regierungspartei ist ein drittes Mitglied ausgeschieden, weil die Ausdehnung des Wahlrechts ihm nicht weit genug geht.

Budapest, 31. Dezember. Der Entwurf der Wahlreform wurde im Abgeordnetenhaus mit großem Beifall aufgenommen. Es wurde beantragt, die Vorlage einem Spezialauschuß zu überweisen. Zwei Mitglieder der Regierungspartei meldeten ihren Austritt aus der Partei an, weil sie die Ausdehnung des Wahlrechts nicht für weitgehend genug halten.

kleine Meldungen.

Paris, 31. Dezember. Auf Anordnung des Marineministers wurden gegen 280 Arsenalarbeiter Lorient, die an dem Proteststreik am 16. Dezember teilgenommen hatten, Disziplinarmaßnahmen getroffen.

Madrid, 31. Dezember. Der König sprach dem Ministerpräsidenten Grafen v. Romanones sein Vertrauen aus. Romanones wird heute Nachmittag die Liste des neu zu bildenden Kabinetts vorlegen.

Mexico, 31. Dezember. In dem Kampf gegen die Delimitir hatten die Franzosen, im Gegensatz zu den früheren Meibungen, keine Toten. Es wurden nur ein Hauptmann, ein Jäger und sieben Legionäre verwundet.

Charbin, 31. Dezember. Zwischen der Station Mangon und Daifinschan wurde ein Personenzug von einer chinesischen Räuberbande überfallen und beraubt. Vier chinesische Passagiere wurden verwundet, darunter einer tödlich. Die Räuber entkamen.

Urigo, 31. Dezember. Der mongolischen Regierung ist eine Meldung zugegangen, daß die chinesischen Truppen den Fürsten des Alaischanbezirks in der Sidmongolei, der dem Gwindun Treue gelobt, ergriffen und nach Kweilinwaichong (Kumhot) brachten.

Gerichtliches.

Kommerzienrat Ihrigs Manipulationen.

Darmstadt, 31. Dezember. Der Direktor der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank, Kommerzienrat Ihrig, gegen den in der Sache des Nieder-Mobauer Konturzes eine Klage schwebt, ist gestern wegen Fluchtverdachts verhaftet, heute Nachmittag jedoch gegen Stellung einer Kaution von 50 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

Als Gründer der Frankfurter Verwaltungs- und Verwertungs-Gesellschaft, die den Zweck hatte, die Geschäfte des in Schwierigkeiten geratenen Nieder-Mobauer Vereins zu regeln, soll Ihrig hauptsächlich in seine eigene Tasche gearbeitet haben. Ihrig, der 57 Jahre alt ist, genöß in landwirtschaftlichen Kreisen als Hauptleiter des genossenschaftlichen Bankwesens in Hessen großes Vertrauen.

Berlin, 31. Dezember. Gegen den Hotelbier Loewy aus Wien fand heute die gerichtliche Verhandlung statt. Der Angeklagte verübte seinerzeit in mehreren Berliner Hotels fortgesetzt Diebstähle. In einem Falle fielen ihm allein für etwa 8000 Mark Juwelen in die Hände. Bei der Festnahme bedrohte Loewy den verfolgenden Beamten mit einer Browningpistole, so daß dieser gezwungen wurde, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wobei ein Passant verletzt wurde. Loewy wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Vermischtes.

Stettin, 31. Dezember. In Kortenbagen, Kreis Greifenhagen, drangen in der letzten Nacht Einbrecher in die Befahrung des Gastwirts Wendland ein und versuchten, da durch das von ihnen verursachte Geräusch die Eheleute er wachten, diese zu ermorden. Der Mann erhielt zwei Beilshiebe vor die Stirn, die Frau ein Messerstiße, wovon einer sie am Hals lebensgefährlich verletzte. Da das Ehepaar noch vernehmungsunfähig ist, ist näheres noch nicht festzustellen. Auch die Nachforschungen mit Polizeihunden waren bisher ergebnislos.